

Terror in Boulder: Sechs Verletzte bei Angriff auf Friedensversammlung!

Sechs Verletzte bei gewaltsamem Angriff in Boulder, Colorado; FBI ermittelt wegen Terrorverdachts. Detaillierte Berichterstattung.



Boulder, Colorado, USA - Am Nachmittag des 2. Juni 2025 kam es in Boulder, Colorado, zu einem tragischen Vorfall, bei dem sechs Menschen verletzt wurden. Laut **Merkur** handelt es sich um einen „gezielten Gewaltakt“, bei dem der Täter einen behelfsmäßigen Flammenwerfer einsetzte und einen Brandsatz in eine Menschenmenge warf. Der Angriff ereignete sich während einer wöchentlichen friedlichen Veranstaltung der jüdischen Gemeinde.

Die Opfer des Angriffs sind zwischen 67 und 88 Jahre alt. Während des Übergriffs rief der Täter „Free Palestine“, was die Ermittlungen des FBI beeinflusste. FBI-Chef Kash Patel klassifizierte den Vorfall als „gezielten Terrorangriff“. Die US-

Geheimdienstkoordinatorin Tulsi Gabbard bezeichnete den Angriff ebenfalls als direkten Angriff auf die jüdische Gemeinde.

Ermittlungen und Motive

Obwohl der Täter später festgenommen wurde, warnte Polizeichef Steve Redfearn davor, voreilige Schlüsse über das Motiv zu ziehen. Die Sicherheitsbehörden untersuchen nun die Umstände des Vorfalls im Detail. Der erkannte Zusammenhang zwischen dem terroristischen Akt und den aktuellen politischen Debatten zu Palästina verleiht diesem Vorfall zusätzliche Brisanz.

Dieses Ereignis hat die öffentliche Diskussion über die Meinungsfreiheit und die Rechte der Studenten an US-Universitäten erneut angefacht. So klagen zwei Studenten der University of Colorado Boulder, Max Inman und Mari Rosenfeld, gegen die Universität wegen einer vermeintlichen Verletzung ihrer Rechte auf freie Meinungsäußerung. Dies geschah im Zusammenhang mit einer friedlichen Protestaktion gegen eine Jobmesse, die von militärischen Auftragnehmern organisiert wurde.

Rechtsstreit um Meinungsfreiheit

Die Klage, die sich gegen das Universitätssystem und mehrere Beamte richtet, behauptet, dass die Studenten wegen ihrer kritischen Äußerungen zur Lage in Gaza, insbesondere zu Unternehmen, die von dem Konflikt profitieren, mit einem vorläufigen Campus-Ausschluss belegt wurden. Nach Angaben von **CPR** haben die Kläger keine wesentliche Störung verursacht und verdienen es, Gehör zu finden.

- Die Klage umfasst fünf Ansprüche auf freie Meinungsäußerung und rechtliches Gehör.
- Inman betont, dass die USA Völkermord unterstützen und die Stimmen der Studenten nicht zum Schweigen gebracht werden sollten.

- Rosenfeld, eine jüdische Studentin, hebt hervor, dass Vielfalt der Perspektiven an Universitäten wichtig ist.

Dieser Rechtsstreit steht im Kontext einer breiteren Debatte über Identitätspolitik und Meinungsfreiheit an US-Universitäten. Kritiker argumentieren, dass die Meinungsfreiheit zunehmend durch „Cancel Culture“ und eine vermeintliche „Meinungsdiktatur“ der politisch Korrekten untergraben wird. An vielen Universitäten ist die Angst, die eigene Meinung zu äußern, real.

Laut **Der Pragmaticus** haben sich antiisraelische und antisemitische Äußerungen seit dem Hamas-Massaker im Oktober 2023 verstärkt, was zu Spannungen auf dem Campus geführt hat. Auch die Reaktionen der Universitätsleitungen auf diese Themen stehen vermehrt in der Kritik.

Die aktuellen Entwicklungen sowohl in Boulder als auch auf den Universitäten verdeutlichen die Komplexität der Debatte um Meinungsfreiheit, Identitätspolitik und die gesellschaftlichen Spannungen rund um den Nahostkonflikt. Der Vorfall in Colorado und der Rechtsstreit an der University of Colorado Boulder sind beunruhigende Zeichen dafür, wie tiefgreifend die gesellschaftlichen Spaltungen gehen.

Details	
Vorfall	Terrorismus
Ort	Boulder, Colorado, USA
Verletzte	6
Festnahmen	1
Quellen	• www.merkur.de • www.cpr.org • www.derpragmaticus.com

Besuchen Sie uns auf: n-ag.net